



# Positionierung

**Titel:** Ökonomische Eigenständigkeit von Frauen und geschlechtergerechte Wirtschaftspolitik

## 1 Einleitung

Die ökonomische Eigenständigkeit von Frauen ist eine zentrale Voraussetzung für Gleichstellung, gesellschaftliche Teilhabe und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Frauen sind weiterhin strukturell benachteiligt, wenn es um Einkommen, Vermögen und soziale Absicherung geht: Sie verdienen im Durchschnitt weniger als Männer, haben ein geringeres Vermögen und leben häufiger in Armut, insbesondere wenn sie alleinerziehend sind oder im Alter. Daher ist es nicht verwunderlich, dass Frauen sich seltener wirtschaftlich eigenständig fühlen und es de facto auch sind.

Die Ursachen dafür liegen nicht allein in individuellen Entscheidungen, sondern in strukturellen Rahmenbedingungen von Arbeitsmarkt, Steuer- und Sozialpolitik sowie der ungleichen Verteilung von Sorgearbeit. Gesetze und Strukturen beeinflussen maßgeblich, wie Erwerbs- und Sorge-Arbeit zwischen den Geschlechtern verteilt sind und welche wirtschaftlichen Handlungsspielräume Frauen haben.

Ökonomische Eigenständigkeit ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, Selbstbestimmung und Gleichstellung. Wer finanziell abhängig ist, ist strukturell verwundbar – sowohl innerhalb von Partnerschaften als auch im Hinblick auf Lebensentscheidungen, berufliche Entwicklung und soziale Absicherung. Wirtschaftliche Ungleichheit zwischen den Geschlechtern reproduziert daher auch Machtungleichheiten. Geschlechtergerechtigkeit bleibt unvollständig, solange Frauen nicht über die gleichen wirtschaftlichen Ressourcen und Handlungsspielräume verfügen wie Männer.

24 Eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik muss deshalb die ökonomische  
25 Eigenständigkeit von Frauen systematisch stärken. Dazu gehört unter anderem,  
26 Erwerbsarbeit und Sorgearbeit besser miteinander vereinbar zu machen,  
27 Fehlanreize im Steuer- und Transfersystem abzubauen und gleiche wirtschaftliche  
28 Chancen über den gesamten Lebensverlauf hinweg zu ermöglichen.

29 Diese Positionierung des kfd-Bundesverbandes knüpft an das Positionspapier  
30 „Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf“ an. Sie zeigt zentrale  
31 strukturelle Hindernisse für die ökonomische Eigenständigkeit von Frauen auf und  
32 formuliert Forderungen und Handlungsempfehlungen, um die ökonomische  
33 Eigenständigkeit von Frauen zu stärken und die Wirtschaftspolitik in Deutschland  
34 geschlechtergerecht zu gestalten.

### 35 **1. Geschlechtersensible und datenbasierte Wirtschaftspolitik**

36 Wirtschaftspolitik ist nicht geschlechtsneutral. Politische Entscheidungen und  
37 wirtschaftliche Maßnahmen wirken auf Frauen und Männer oft unterschiedlich.  
38 Jedoch fehlen über diese Unterschiede weiterhin belastbare Daten und  
39 systematische Analysen.

40 Wenn politische Entscheidungen ohne solche Analysen getroffen werden, können  
41 bestehende Ungleichheiten unbeabsichtigt verstärkt werden.  
42 Investitionsprogramme, Konjunkturmaßnahmen oder Förderprogramme kommen häufig  
43 Branchen zugute, in denen überwiegend Männer beschäftigt sind, während  
44 Beschäftigungsbereiche mit hohem Frauenanteil seltener im Fokus  
45 wirtschaftspolitischer Förderung stehen.

46 Besonders deutlich wird das Ungleichgewicht bei der Anerkennung des  
47 wirtschaftlichen Wertes von unbezahlter Sorgearbeit. Diese wird zu einem großen  
48 Teil von Frauen geleistet, bleibt aber in den zentralen wirtschaftlichen  
49 Kennzahlen weitgehend unsichtbar, obwohl die Übernahme unbezahlter Sorgearbeit  
50 eine zentrale Grundlage für das Funktionieren unserer Gesellschaft und  
51 Wirtschaft ist.

52 Die kfd fordert daher:

- 53 • **Geschlechterdifferenzierte Daten verbessern:** Ausbau der Datenerhebung zu  
54 den gleichstellungsrelevanten Auswirkungen bestehender Wirtschafts-,  
55 Finanz- und Sozialgesetzgebung sowie der Wirtschaftsleistung von Frauen.
  
- 56 • **Geschlechterwirkungen systematisch prüfen:** Einführung verbindlicher

57 Gleichstellungs- bzw. Gender-Impact-Analysen für wirtschafts- und  
58 finanzpolitische Maßnahmen.

- 59 • **Gender Budgeting stärken:** Öffentliche Haushalte regelmäßig systematisch  
60 daraufhin überprüfen, wie Mittel zwischen den Geschlechtern wirken, um  
61 eine geschlechtergerechte Verteilung der Ressourcen sicherzustellen.
  
- 62 • **Investitionspolitik diversifizieren:** Wirtschaftspolitische  
63 Förderprogramme, Investitionsprogramme und Forschungsgelder sollen stärker  
64 in Branchen mit hohem Frauenanteil und zur Förderung der Gleichstellung  
65 eingesetzt werden.
  
- 66 • **Geschlechtergerechte Vergabepaxis:** Kriterien für die Vergabe öffentlicher  
67 Aufträge entwickeln, die Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung  
68 berücksichtigen

## 69 **2. Fehlanreize in Steuer- und Transfersystemen**

70 Steuer- und sozialpolitische Regelungen spielen eine entscheidende Rolle bei der  
71 Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit innerhalb von Haushalten. In Deutschland  
72 begünstigen zentrale Regelungen nach wie vor eine traditionelle Arbeitsteilung,  
73 bei der in heterosexuellen Partnerschaften meist der Mann einen Großteil des  
74 Einkommens erwirtschaftet, während die Frau häufig nur in Teilzeit oder  
75 geringfügig beschäftigt ist.

76 Instrumente wie das Ehegattensplitting, die Regelungen zur geringfügigen  
77 Beschäftigung oder die beitragsfreie Mitversicherung schaffen kurzfristig  
78 finanzielle Anreize, die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu reduzieren oder in  
79 Teilzeit zu stabilisieren. Diese Strukturen mögen kurzfristig attraktiv  
80 erscheinen, haben jedoch langfristig negative Auswirkungen auf Einkommen,  
81 Karrierechancen und Altersvorsorge von Frauen. Sie fördern eine Verfestigung der  
82 Ungleichheit, indem sie Anreize schaffen, die Erwerbstätigkeit von Frauen  
83 dauerhaft zu begrenzen. Das führt zu einer Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt  
84 und Einschränkung der ökonomischen Eigenständigkeit.

85 Die kfd fordert daher:

- 86 • **Fehlanreize im Steuerrecht abbauen:** Reform des Ehegattensplittings hin zu

87 einem Modell, das individuelle Erwerbstätigkeit stärker fördert.

88 • **Minijob-Strukturen überwinden:** Geringfügige Beschäftigung in  
89 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen.

90 • **Individuelle soziale Absicherung stärken:** Systeme der sozialen Sicherung  
91 stärker an individueller Erwerbstätigkeit ausrichten und Teilzeitarbeit  
92 bzw. erwerbsfreie Phasen für Erziehung, Pflege und Sorgearbeit besser  
93 berücksichtigen. Individuelle soziale Absicherung stärken: Systeme der  
94 sozialen Sicherung zu reformieren, dass eigenständige Ansprüche gestärkt  
95 und Teilzeitarbeit sowie erwerbsfreie Phasen für Erziehung, Pflege und  
96 Sorgearbeit verlässlich abgesichert werden. Dabei ist sicherzustellen,  
97 dass sorgearbeitende Personen durch tragfähige, armutsfeste und  
98 geschlechtergerechte Regelungen geschützt werden.

99 • **Erwerbstätigkeit von Zweitverdienenden fördern:** Steuer- und  
100 Transfersysteme so gestalten, dass zusätzliche Erwerbsarbeit finanziell  
101 attraktiv bleibt.

### 102 **3. Geschlechterungleichheiten am Arbeitsmarkt**

103 Strukturelle Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt tragen wesentlich zur  
104 wirtschaftlichen Benachteiligung von Frauen bei. Frauen sind  
105 überdurchschnittlich häufig im Niedriglohnsektor beschäftigt, arbeiten häufiger  
106 in Teilzeit und sind seltener in Führungspositionen vertreten. Zwischen Männern  
107 und Frauen bestehen weiterhin deutliche Lohnunterschiede.

108 Hinzu kommt die strukturelle Unterbewertung von Branchen mit hohem Frauenanteil,  
109 etwa im sozialen, erzieherischen und pflegerischen Bereich. Tätigkeiten mit  
110 hoher gesellschaftlicher Bedeutung werden häufig schlechter entlohnt als  
111 vergleichbare Tätigkeiten in männerdominierten Branchen.

112 Diese Faktoren wirken sich über den gesamten Lebensverlauf aus und führen dazu,  
113 dass Frauen im Durchschnitt geringere Einkommen erzielen und geringere Vermögen  
114 aufbauen können.

115 Die kfd fordert daher:

- 116 • **Entgeltgleichheit stärken:** Verbesserung der Entgelttransparenz und  
117 wirksame Instrumente zur Durchsetzung gleicher Bezahlung für gleichwertige  
118 Arbeit.
- 119 • **Aufstiegschancen verbessern:** Maßnahmen zur Förderung von Frauen in  
120 Führungspositionen weiterentwickeln und eine verbindliche Durchsetzung der  
121 Frauenquote in Unternehmen und Vorständen auf allen Ebenen.
- 122 • **Soziale Berufe aufwerten:** Verbesserung der Arbeitsbedingungen und  
123 Bezahlung in sozialen, erzieherischen und pflegerischen Berufen.
- 124 • **Vollzeit und vollzeitnahe Beschäftigung erleichtern:** Arbeitszeitmodelle  
125 fördern, die eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit ermöglichen.

#### 126 **4. Ungleiche Verteilung von Sorgearbeit**

127 Unbezahlte Sorgearbeit bildet ein grundlegendes Fundament der Wirtschaft.  
128 Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen und Haushaltsarbeit sichern das  
129 Funktionieren von Gesellschaft und Arbeitsmarkt. Dennoch wird diese Arbeit  
130 ökonomisch kaum sichtbar gemacht und überwiegend von Frauen übernommen.

131 Frauen reduzieren deshalb deutlich häufiger ihre Erwerbstätigkeit oder  
132 unterbrechen ihre Erwerbsbiografie. Gleichzeitig bestehen weiterhin strukturelle  
133 Defizite in der Infrastruktur für Kinderbetreuung und Pflege. Ohne ausreichende  
134 öffentliche Angebote werden Sorgeaufgaben häufig innerhalb von Familien  
135 organisiert – meist zulasten der Erwerbstätigkeit von Frauen. So können Frauen  
136 häufig nicht in dem Umfang erwerbstätig sein, wie sie es gerne wären, und sie  
137 fehlen auch als Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt.<sup>10</sup>

138 Diese ungleiche Verteilung von Sorgearbeit ist ein zentraler Faktor für  
139 Einkommensunterschiede, geringere Karrierechancen und langfristige Unterschiede  
140 in der sozialen Sicherung.

141 Die kfd fordert daher:

- 142 • **Care-Infrastruktur ausbauen:** Verlässliche und qualitativ hochwertige  
143 Angebote für Kinderbetreuung und Pflege flächendeckend ausbauen.

- 144 • **Sorgearbeit partnerschaftlicher verteilen:** Anreizstrukturen in Elternzeit-  
145 und Pflegezeitregelungen stärken, die eine gleichmäßigere Aufteilung  
146 fördern.
  
- 147 • **Zeitpolitische Rahmenbedingungen verbessern:** Arbeitszeitmodelle fördern,  
148 die Erwerbsarbeit und Sorgearbeit besser vereinbar machen.
  
- 149 • **Sorgearbeit gesellschaftlich aufwerten:** Die wirtschaftliche Bedeutung von  
150 Care-Arbeit stärker sichtbar machen, als Faktor für die  
151 Wirtschaftsleistung berücksichtigen und in die politische  
152 Entscheidungsfindung einbeziehen.
  
- 153 • **Haushaltsnahe Dienstleistungen fördern:** Einführung eines Gutscheinmodells  
154 für haushaltsnahe Dienstleistungen, um Familien zu entlasten und  
155 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen zu schaffen.

## 156 **5. Langfristige Folgen für Einkommen, Vermögen und Alterssicherung**

157 Die genannten strukturellen Faktoren wirken kumulativ über den gesamten  
158 Lebensverlauf. Geringere Erwerbseinkommen, häufigere Teilzeitbeschäftigung und  
159 Erwerbsunterbrechungen führen zu deutlich niedrigeren Lebenseinkommen von  
160 Frauen. Dadurch können Frauen weniger Vermögen aufbauen und erwerben geringere  
161 Ansprüche in der Alterssicherung.

162 Das Ergebnis ist eine erhebliche geschlechtsspezifische Lücke bei  
163 Renteneinkommen. Frauen sind daher überdurchschnittlich häufig von Altersarmut  
164 betroffen. Besonders hoch ist das Armutsrisiko für Alleinerziehende sowie für  
165 Frauen mit langen Phasen reduzierter Erwerbstätigkeit.

166 Die kfd fordert daher:

- 167 • **Lebensverlaufsperspektive stärken:** Gleichstellungspolitik stärker an  
168 langfristigen ökonomischen Folgen von Erwerbsentscheidungen ausrichten.
  
- 169 • **Rentenlücken reduzieren:** Maßnahmen zur besseren Absicherung von  
170 Sorgezeiten und Erwerbsunterbrechungen weiterentwickeln.

171 • **Eigenständige Alterssicherung fördern:** Strukturen schaffen, die  
172 kontinuierliche und existenzsichernde Erwerbstätigkeit ermöglichen.

173 • **Armutsriskiken gezielt reduzieren:** Besondere Unterstützung für  
174 Alleinerziehende und Frauen mit niedrigen Einkommen.

175 **Fazit: Ökonomische Eigenständigkeit als Schlüssel für Gleichstellung und**  
176 **wirtschaftliche Stärke**

177 Die ökonomische Eigenständigkeit von Frauen ist eine zentrale Voraussetzung für  
178 tatsächliche Gleichstellung. Sie ermöglicht Selbstbestimmung, reduziert  
179 strukturelle Abhängigkeiten und stärkt gesellschaftliche Teilhabe. Gleichzeitig  
180 ist sie von großer Bedeutung für eine leistungsfähige und zukunftsfähige  
181 Volkswirtschaft. Wenn Frauen ihre Qualifikationen, Kompetenzen und  
182 Erwerbspotenziale uneingeschränkt einbringen können, profitieren Wirtschaft,  
183 Arbeitsmarkt und Gesellschaft insgesamt.

184 Die bestehenden wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern sind  
185 kein Zufall. Sie entstehen aus strukturellen Rahmenbedingungen, politischen  
186 Entscheidungen und gesellschaftlichen Erwartungen, die Erwerbsarbeit, Einkommen  
187 und Sorgearbeit weiterhin ungleich verteilen. Solange diese Strukturen  
188 fortbestehen, bleibt ökonomische Eigenständigkeit für viele Frauen schwer  
189 erreichbar.

190 Eine geschlechtergerechte Wirtschaftspolitik muss diese Zusammenhänge konsequent  
191 berücksichtigen. Dazu gehören Reformen im Steuer- und Transfersystem, eine  
192 gerechtere Bewertung von Arbeit, bessere Rahmenbedingungen für Erwerbstätigkeit  
193 über den gesamten Lebensverlauf sowie eine stärkere gesellschaftliche und  
194 wirtschaftliche Anerkennung von Sorgearbeit.

195 Die Stärkung der ökonomischen Eigenständigkeit von Frauen ist keine  
196 Einzelmaßnahme, sondern eine Querschnittsaufgabe für Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-,  
197 Sozial- und Familienpolitik. Sie erfordert politische Priorität, strukturelle  
198 Reformen und eine konsequente Ausrichtung wirtschaftspolitischer Entscheidungen  
199 an Gleichstellungszielen.

200 Mit dieser Positionierung setzt sich die kfd dafür ein, dass die ökonomische  
201 Eigenständigkeit von Frauen nicht länger ein Wunsch bleibt, sondern Realität  
202 wird. Wir fordern eine Wirtschaftspolitik, die den strukturellen Barrieren  
203 entgegenwirkt und eine echte Gleichstellung der Geschlechter fördert. Nur durch

204 gezielte politische Maßnahmen, die die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen  
205 stärken, können wir eine gerechtere und zukunftsfähige Gesellschaft aufbauen, in  
206 der alle Menschen – unabhängig vom Geschlecht – gleichberechtigt an Wirtschaft  
207 und Gesellschaft teilhaben.